

Ein zweites Al-Fascher droht

Krieg im Sudan: Drohnenangriffe und Versorgungsnot spitzen sich in belagerter nordkordofanischer Hauptstadt Al-Obeid zu. UNO warnt vor Massakern

Von Luca Schäfer

Belagerung bis zum Blutbad? Die Forderungen internationaler Beobachter, dem von außen befeuerten Gemetzel in Sudan ein Ende zu bereiten, werden immer lauter. Der UN-Menschenrechtsrat ordnete am Montag in Genf eine »dringende Untersuchung« der Verstöße und Übergriffe in Al-Obeid, der Hauptstadt des westsudanesischen Bundesstaats Nordkordofan, an und warnte vor der drohenden Gefahr »großangelegter Greuelthaten«. Die strategisch wichtige Stadt steht noch unter Kontrolle der Sudanesischen Streitkräfte (SAF), die Paramilitärs der Rapid Support Forces (RSF) halten Al-Obeid seit 18 Monaten im Belagerungszustand – ähnlich wie Al-Fascher im vergangenen Jahr, bevor die Hauptstadt Norddarfurs blutig eingenommen wurde. Mindestens 6.000 Menschen wurden dabei innerhalb von drei Tagen getötet.

Verurteilt werden in der einstimmig verabschiedeten Resolution des Rats zudem »Berichte über Dutzende Drohnenangriffe auf Al-Obeid in den vergangenen zwei Wochen, darunter auch auf Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen«. Weiter wird darin »der weitverbreitete Einsatz von Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt« angeprangert und »Besorgnis über Berichte geäußert, wonach Aushungern als Kriegsmittel eingesetzt wird«. Zuvor hatte UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk in einer Dringlichkeitsdebatte des Rats am Freitag eindringlich davor gewarnt, dass sich im Sudan gerade eine weitere Menschenrechtskatastrophe abspiele. »Es handelt sich um einen Alarm der höchsten Stufe, der auf den Schreibtischen der Staats- und Regierungschefs weltweit landen muss«, so der österreichische Jurist. Allein binnen 22 Tagen im Juni habe es 15 Drohnenangriffe auf Al-Obeid gegeben, bei denen mindestens 45 Zivilisten getötet wurden. Die Internationale Organisation für Migration warnte am Sonntag ebenfalls vor »einem weiteren Al-Fascher« und erklärte, dass mindestens eine halbe Million Menschen in Al-Obeid humanitärer Unterstützung bedürften.

Die UN-Angaben bestätigen einen anhaltenden Trend: Der von zahlreichen ausländischen Akteuren befeuerte Krieg zwischen der SAF von De-facto-Staatschef Abd Al-Fattah Al-Burhan und den RSF unter Mohammed Daglo hat sich zum größten Drohnenkrieg Afrikas ausgeweitet. Zunehmend werden zivile Orte von beiden Seiten mit Drohnen attackiert: Märkte, Schulen, Tankstellen, Wasserinfrastruktur und Privatfahrzeuge. Zuletzt haben insbesondere die RSF gezielt Tankstellen angegriffen, Türk sprach von mindestens 13 Angriffen allein im Juni. Die daraus resultierende Treibstoffknappheit erschwert der belagerten

Zivilbevölkerung den Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung. Durch das gezielt verknappte Warenangebot steigen die Preise extrem. »Manche Menschen verkaufen ihren Besitz, um ihre Flucht aus der Stadt zu finanzieren«, erklärte der Menschenrechtskommissar. Für viele sei eine Flucht jedoch unmöglich. Zudem seien diejenigen, die in Al-Obeid blieben, »der Gefahr willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen ausgesetzt«. Gelänge ihnen die Flucht aus Gebieten unter Kontrolle der Paramilitärs, würden sie darüber hinaus häufig der Kollaboration bezichtigt.

Statt auf verlustreiche Häuserkämpfe wie zu Beginn des seit April 2023 laufenden Krieges setzen die RSF auf eine Strategie des gezielten Terrors gegen die Zivilbevölkerung – ermöglicht durch die Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Eine vergangene Woche veröffentlichte Vor-Ort-Recherche von Lighthouse Reports, Evident und dem Sudan War Monitor beleuchtet eine zentrale, wenn nicht die wichtigste Versorgungslinie der RSF via Libyen. Unter Berufung auf Überläufer der Paramilitärs erklärte Lighthouse-Direktor Klaas van Dijken gegenüber dem sudanesischen Portal *Dabanga*, »dass die RSF sehr schnell zusammenbrechen würden, wenn die VAE ihre Unterstützung einstellen würden, da sie so stark von dieser Hilfe abhängig sind«.

Al-Obeid gilt als strategischer Schlüssel zum Zentralsudan. Die bewusst herbeigeführte Versorgungsunterbrechung soll weitere Fluchtbewegungen auslösen und einer Offensive den Boden bereiten, die vermutlich erneut mit extremen Greueln einhergehen würde. Für die Bevölkerung Al-Obeids spitzt sich damit ein jahrelanges Martyrium mit genozidalen Zügen gegen die nichtarabische Bevölkerung zu. Bereits 2019 kam es dort zu einem Massaker, als RSF-Kräfte das Feuer auf friedlich Demonstrierende eröffneten: Mehrere Schulkinder starben. Von Al-Obeid aus wären zudem Angriffe auf Khartum möglich – ein zentrales Ziel der RSF, nachdem die Hauptstadt im vergangenen Jahr von den SAF zurückerobert worden war.

<https://www.jungewelt.de/artikel/525614.krieg-im-sudan-ein-zweites-al-fascher-droht.html>